Vorsicht vor Scheinselbstständigkeit

Wenn die Pflege aus dem Osten kommt

Bärbel Schönhof, Fachanwältin für Sozialrecht, Bochum

Die Versorgung eines Pflegebedürftigen rund um die Uhr können Angehörige oft nicht allein leisten. In solchen Fällen müssen Alternativen gefunden werden. Doch wie sehen die rechtlichen Rahmenbedingungen aus, wenn hier Hilfe aus osteuropäischen Ländern gewählt wird?

Private Pflegekräfte werden heutzutage oft aus dem osteuropäischen Raum engagiert. Die Vermittlung findet in der Regel über entsprechende Agenturen statt. Aufgrund von Übergangsregelungen war die Arbeitnehmerfreizügigkeit – das Recht wie jeder Inländer in jedem anderen EU-Mitgliedsland ein Arbeitsverhältnis einzugehen oder eine Tätigkeit als Unternehmer auszuüben – für osteuropäische Bürger bisher ausgesetzt.

Personen aus diesen Ländern benötigen eine Arbeitserlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit, um z.B. in der häuslichen Pflege oder als Haushaltshilfe zu arbeiten. Seit dem 1.5.2011 ist dies nur noch für Bürger aus Bulgarien und Rumänien erforderlich und zwar bis 2014.

Versicherungsfalle Scheinselbstständigkeit

Einer Arbeitserlaubnis bedürfen Pflegekräfte aus Bulgarien und Rumänien allerdings dann nicht, wenn sie in ihrem Heimatland bei einem Pflegedienst beschäftigt und vorübergehend von ihrem Arbeitgeber zur Pflege nach Deutschland entsandt worden sind. Auch wenn sie selbst Inhaber eines Pflegedienstes in ihrem Heimatland und als selbstständige Pflegekräfte grenzüberschreitend tätig sind, benötigen sie keine Arbeitserlaubnis.

Hierbei ist jedoch das in den Medien bekannt gemachte Urteil des Amtsgerichts München vom 10.11.2008 (Az: 1115 OWI 298 JS 43552/07) zu beachten, welches durch das OLG Bamberg (Az: 2 SSOWi 725/09) bestätigt wurde. Nach Ansicht des Gerichts sind die Pflegekräfte nur dann selbstständig tätig, wenn sie den Weisungen des Kunden nicht direkt unterstellt sind und mehrere Auftraggeber haben – was bei einer 24-Stunden-Pflege de facto nicht möglich ist. Deshalb liegt hier eine so genannte Scheinselbstständigkeit vor.

Eine Sicherheit für den Pflegebedürftigen, dass keinerlei Sozialversicherungspflicht für die beschäftigten Hilfen

entsteht, bietet derzeit nur eine „Entsendebescheinigung“ aus dem Heimatland der engagierten Hilfe. Diese ist für die hiesigen Behörden bindend. Unabhängig davon besteht für entsandte und im Haushalt des Pflegebedürftigen lebende Pflegekräfte wie auch für selbstständige Pflegekräfte eine Meldepflicht. Da weder die selbstständigen noch die entsandten Pflegekräfte oder deren Arbeitgeber über eine Zulassung bei den deutschen Pflegekassen verfügen, leisten die Pflegekassen bei dieser Form der häuslichen Pflege lediglich das Pflegegeld, nicht jedoch die Pflegesachleistung. Darüber hinaus ist bei der Finanzierung der häuslichen Pflege durch ausländische Hilfen zu beachten, dass die in Deutschland für Pflegekräfte zu zahlenden Mindestlöhne auch für die ausländischen Hilfen zu zahlen sind.

Mit Haushaltshilfe wird Patient zum Arbeitgeber

Wird im Rahmen der hauswirtschaftlichen Hilfe lediglich eine Entlastung der Angehörigen benötigt, besteht die Möglichkeit, osteuropäische Haushaltshilfen zu beschäftigen. In dem Fall wird der Pflegebedürftige zum Arbeitgeber der Haushaltshilfe. Dann haben die Pflegebedürftigen alle sonstigen Arbeitgeberpflichten zu beachten wie arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Vorschriften sowie die Einholung der EU-Arbeitserlaubnis. ■

Zur Pflege nach Deutschland entsandt? Dann brauchen osteuropäische Pflegekräfte keine Arbeitserlaubnis.

© FANCY / imagesource.com